

Kölnische Rundschau vom 14.05.2013, S. 5

Neuer Streit um Mülltourismus

NRW-Umweltminister Rimmel plant Auflagen für Kommunen – Prinzip der Nähe soll gelten

Von WILFRIED GOEBELS

DÜSSELDORF. Brüssel will den zunehmenden Mülltourismus in Europa durch das „Prinzip der Nähe“ eindämmen. NRW-Umweltminister Johannes Rimmel (Grüne) springt auf den Zug und plant 2014 schärfere Auflagen für Kommunen. Künftig sollen Städte und Gemeinden in NRW verpflichtet werden, den Müll da zu entsorgen, wo er entsteht: In den ortsnahen Müllverbrennungsanlagen (MVA). Steuerzahlerbund und Opposition in NRW warnen vor einem Anstieg der Müllgebühren, wenn nicht wie heute die preisgünstigste MVA beauftragt werden darf. Rimmel weist die Sorgen zurück: Der geplante neue Abfallwirtschaftsplan werde keine Preise für den Müll vorschreiben.

In einem Schreiben an Kommunen, Kreise und MVA-Betreiber kritisiert Rimmel

den „ungesunden Preiswettbewerb aufgrund von Überkapazitäten“ der NRW-Müllverbrennungsanlagen. Einer Kapazität von 6,3 Millionen Tonnen Müll pro Jahr in den MVA stehen nur rund vier Millionen Tonnen Abfall aus NRW gegenüber. CDU und FDP hatten 2010 per Gesetz beschlossen, dass die Müllentsorgung ausgeschrieben werden muss. Mit dem Wettbewerb rutschen die Preise in den Keller – in einzelnen MVA um 50 Prozent. Harald Schlehdorn vom Bund der Steuerzahler rechnet damit, dass mittelfristig zwei der 16 MVA überflüssig sind. Künftig will NRW die Liberalisierung des Abfallmarktes rückabwickeln und Abfall-Transporte über weite Strecken „nach Möglichkeit“ unterbinden. Da eine Reihe von Abnahmeverträgen der Kommunen in diesen Mona-

ten auslaufen, rät der Minister vor Abschluss neuer Entsorgungsverträge zur Vereinbarung eines Sonderkündigungsrechts, falls die Regelung künftig die Entsorgung in einer näheren MVA fest schreibt. Selbst neu verhandelte Verträge könnten danach zurückgenommen werden müssen.

Der Bund der Steuerzahler hält die Pläne für „bürgerfeindlich“ und fürchtet wie die CDU höhere Müllgebühren für Verbraucher. FDP-Experte Dietmar Brockes warnt gar vor einem „Rückfall in die Planwirtschaft“. Das Ministerium stellt klar, dass der Entwurf erst im Herbst vorliegen wird und vorher noch eine Verbändeanhörung stattfindet. Danach erst könne festgelegt werden, wie das „Prinzip der Nähe“ konkret umgesetzt werde. CDU-Umweltexperte Andre Kuper kritisiert, dass

Rot-Grün den NRW-Kommunen wieder vorschreiben wolle, wo sie ihren Müll entsorgen müssten. Das Problem der Überkapazitäten sei nicht dadurch zu lösen, dass Bürger „durch höhere Preise die örtlichen Müllverbrennungsanlagen finanzieren“.

Weil Betreiber von Müllverbrennungsanlagen in NRW nicht mehr genug einheimischen Müll zur Auslastung der Überkapazitäten haben, importieren sie Abfall aus dem Ausland. Fast zwei Millionen Tonnen Abfall aus 50 Staaten in aller Welt landeten 2010 auf Deponien und in Verbrennungsanlagen in NRW.

Schlagzeilen machte der Müllnotstand in Neapel, in dessen Folge Züge mit über 130 000 Tonnen Hausmüll aus Italien nach Deutschland rollten. Dieser Mülltourismus trifft allerdings in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung auf Proteste.